

## **Anmerkungen zur amerikanischen Tea Party und Außenpolitik**

von Elmar Sulk<sup>1</sup>

Ende September wurde der republikanische Präsidentschaftskandidat Rick Perry in einer Fernsehdebatte von der Frage überrascht, wie er als Präsident reagieren würde, wenn er nachts um drei Uhr davon hörte, dass die Taliban sich pakistanische Nuklearwaffen angeeignet hätten. Seine Antwort, in der er etwas von Indien, Taiwan, F-16 und einem "Pakistani country" murmelte, war auch für Muttersprachler unverständlich. Ihm ist zugute zu halten, dass in den politischen Debatten generell bei Fragen zur Außenpolitik nicht genauer hingeguckt wird. Sie spielen eine Nebenrolle, doch eine Überprüfung lohnt allemal, da die USA auch in klammen Zeiten kaum ihren Anspruch aufgeben wird, Führungsnation im internationalen Staatensystem zu sein. Dabei muss gerade die republikanische Partei Rücksicht auf die Interessen der "Tea Party" nehmen.

Die als lockere Gruppierung und zu Beginn wenig organisierte Graswurzelbewegung "Tea Party" hat seit ihrem Erscheinen vor etwa drei Jahren die politische Landschaft in den USA kräftig durcheinandergewirbelt. Ein ums andere Mal hat die Tea Party, die keine eigentliche Partei ist, sondern in ihrer Heterogenität viele lockere konservativ-libertäre Gruppierungen umfasst, bei politisch-kulturellen Diskussionen den Takt vorgegeben<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup> Elmar Sulk ist Senior Strategist von Lincoln Park PR in Washington, DC. Zuvor war er u.a. für die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag tätig. Er hat einen M.A. in Geschichtswissenschaften der Universität Bonn, und einen Masters of International Public Policy der Johns-Hopkins-University – School of Advanced International Studies (SAIS), Washington, DC.

<sup>2</sup> Die "Tea Party" ist als Bewegung seit der Jahreswende 2008/2009 in Erscheinung getreten. Die Referenzen zur Boston Tea Party von 1773 sind auffallend, einige sprechen auch davon, dass die drei Buchstaben von Anfang an für "Taxed Enough Already", also "schon genug besteuert", stehen. Zwar keine eingetragene Partei im eigentlichen Sinne, wird sie heute als pressure group vor allem innerhalb der Partei der Republikaner wahrgenommen. Viele republikanische Aktivisten bekennen sich zu ihr, darunter viele mit einem konservativ-libertären Weltbild in der Steuer-, Sozial-, und Gesellschaftspolitik. Mit dem Fernsehkanal Fox News erzielten sie eine hohe Wirkung auf die öffentliche Meinung. Auffallend ist die weiße, ältere Klientel, Minderheiten finden den Weg nur schwer zur Tea Party. Vgl. etwa die Meinungsumfrage von New York Times und CBS, veröffentlicht unter Kate Zernike, Poll Finds Tea Party Backers Wealthier and More Educated, in New York Times vom 14. April 2010, Zitat: "The 18 percent of Americans who identify themselves as Tea Party supporters tend to be Republican, white, male, married and older than 45."

Diese Studie beschäftigt sich mit der Frage, was für Ziele und Weltanschauungen die Tea Party in außenpolitischen Fragen antreibt. Von welchen Linien lassen sich die Aktivisten leiten, wie stehen sie zu internationalen Organisationen wie der UNO, ist eher eine isolationistische oder eine einmischende Politik favorisiert, sind "Kalkül oder Dogma" (Klaus Hildebrand) ausschlaggebend, kurz: hat die Tea Party einen klaren Kompass, eine stringente Weltanschauung, an der sie sich orientiert, und die sie zu einer verlässlichen und berechenbaren außenpolitischen Kraft werden lässt?

Da die Tea Party sich auf innenpolitische Herausforderungen konzentriert, sind vorläufig statt eines klar konturierten Bildes nur schemenhafte Skizzen erkennbar. Da die Politiker, die sich zur Tea Party bekennen, aber im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf bald Antworten zu geben haben, lohnt sich bereits jetzt der Versuch erster Antworten. Um diese Bewegung zu verstehen, müssen wir aber erst einen längeren Blick auf die Innenpolitik werfen. Dies werde ich in einem ersten Schritt tun, um dann in einem zweiten Schritt die bisher vorgelegten außenpolitischen Vorstellungen der Tea Party zu diskutieren.

Die Mitglieder der Tea Party Bewegung berufen sich auf die Gründungsväter der USA und die amerikanische Verfassung und behaupten unter anderem, dass die founding fathers eine nur sehr begrenzt einflussreiche Bundesregierung ins Leben rufen wollten. Sie hätten vor allem den Schutz individueller Freiheitsrechte und die Bildung freier Märkte betont. Im Umkehrschluss sei es ihre Absicht gewesen, möglichst viel Macht bei den Bundesstaaten und den Staatsbürgern zu belassen.<sup>3</sup>

Seit jeher darf der Freiheitsbegriff in keiner Grundsatzrede eines amerikanischen Politikers fehlen. In der Debatte mit Tea Party-Aktivisten fällt darüber hinaus allerdings auf, dass das Wort freedom besonders emotional aufgeladen ist, und es vergeht kaum eine Rede von der dieser Gruppe zugewandten Politikern, in denen nicht die Melodie dieses Wortes hinauf- und herunter gespielt wird. Meist wird das verbunden mit dem Hinweis, dass ein Zuviel an Einfluss des Staates die

---

<sup>3</sup> Vgl. etwa eine der programmatischen Erklärungen von Mitgliedern der Tea Party, hier zitiert auf der offiziell zur Einnahme von Spenden eingerichteten website theteaparty.net: "Tea Party members share similar core principles supporting the United States Constitution as the Founders intended, such as Limited federal government, Individual freedoms, Personal responsibility, Free markets, Returning political power to the states and the people..." [Zugang am 18. Juli 2011]

Freiheit des Einzelnen stark einschränkt.<sup>4</sup> Dabei nimmt dieses Wirken manchmal auch skurrile Züge an. Das Mitglied des Repräsentantenhauses Michele Bachmann, die mittlerweile ihre Kandidatur zur Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr angekündigt hat und als eine Art Vorsitzende der Tea Party im Kongress fungiert, hatte im Frühjahr einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das noch unter George W. Bush erlassene Gesetz über das Verbot von bestimmten Glühbirnen für nichtig erklären sollte. Bachmanns Begründung lautete, dass der Staat kein Recht habe, hier die Rechte des Einzelnen zu beschneiden, frei zu entscheiden, welche Glühbirne er denn kaufe.<sup>5</sup>

Zwar bezeichnet sich die Tea Party ausdrücklich als offen für alle Interessierten. Resonanz finden ihre Meinungsäußerungen aber vor allem bei denjenigen, denen die dynamischen Veränderungen, die auf die alternde und gleichzeitig wachsende Gesellschaft im Einwanderungsland USA zukommen, kulturell am meisten zu schaffen machen dürften – den weißen und älteren Mehrheiten in den Bundesstaaten.<sup>6</sup> Auch die schwierige wirtschaftliche Lage bereitet einen Boden, auf dem Ideen einer offenen Gesellschaft scherlich gedeihen. Die Tea Party ist insofern fest verankert in der Kultur der USA, dass sich vom ständigen Rühren der Trommel bei Themen wie Freiheit, Betonung der Ehe, Abkehr von Rechten für Homosexuelle, Stellung der Religion im Leben etc. vor allem diese weißen Schichten angesprochen fühlen. Der Tea Party ist es mit dieser Mischung gelungen, vor allem auf die

---

<sup>4</sup> Vgl. etwa den Auftritt der ehemaligen Vizepräsidentschaftskandidatin Sarah Palin bei der "Ride to Freedom" Tour am 29. Mai 2011 in Washington DC, dokumentiert etwa in [www.washingtonpost.com/blogs/the-fix/post/mixed-feelings-about-sarah-palin-at-rolling-thunder/2011/05/29/AGNCu9DH\\_blog.html](http://www.washingtonpost.com/blogs/the-fix/post/mixed-feelings-about-sarah-palin-at-rolling-thunder/2011/05/29/AGNCu9DH_blog.html) [Zugang am 10. Juli 2011], oder ihren Besuch auf Bostons freedom trail am 2. Juni 2011, wo sie noch einmal ausdrücklich an die "Söhne der Freiheit" erinnerte, dokumentiert etwa in [www.thestatecolumn.com/capitol/sarah-palin-walks-the-freedom-trail](http://www.thestatecolumn.com/capitol/sarah-palin-walks-the-freedom-trail). [Zugang am 1. Juli 2011]. Siehe auch die Äußerungen vom Mitglied des Repräsentantenhauses und der Präsidentschaftskandidatin Michele Bachmann beim Treffen der faith and freedom coalition am 3. Juni 2011, dokumentiert etwa in [www.youtube.com/watch?v=VWme\\_8pLQ48](http://www.youtube.com/watch?v=VWme_8pLQ48) [Zugang 18. Juli 2011]

<sup>5</sup> Siehe ihre Ankündigung auf ihrer website, [bachmann.house.gov/News/DocumentSingle.aspx?DocumentID=226889](http://bachmann.house.gov/News/DocumentSingle.aspx?DocumentID=226889). [Zugang am 15. Mai 2011]. Zitat Bachmann: "The American people want less government intrusion into their lives...and that includes staying out of their personal light-bulb choices." Vgl. New York Times vom 17. Juli 2011, Seite SR 2. Der Gesetzentwurf fand keine Mehrheit.

<sup>6</sup> Vgl. Meinungsumfrage zitiert unter Fußnote 1. Zur demographischen Entwicklung in den USA siehe etwa Richard Jackson/Neil Howe, *The Graying of the Grey Powers*, 2008, besonders Seiten 39-41. In dieser Studie sind vielerlei Hinweise auf kulturelle und politische Veränderungen, hervorgerufen durch demographischen Wandel, verarbeitet.

Kandidatenauswahl der Republikaner für die midterm elections 2010 Einfluss zu nehmen. Zwar gibt es auch Demokraten, die sich zur Tea Party bekennen, doch ist deren Zahl überschaubar.<sup>7</sup>

Wie war das möglich? Entscheidend ist ein bottom-up-Prozess in der Kandidatenauswahl. Die USA gehen bei der Auswahl, wer in eine aktive Rolle als Politiker gewählt wird, anders als viele andere Demokratien vor. Zwar treten die Kandidaten in den Vorauswahlen ("primaries") in der Regel als Republikaner oder Demokraten an, aber der Einfluss der Parteizentrale bleibt sehr begrenzt. Das verleiht der Tea Party einen besonderen Einfluss. Im Gegensatz zum westeuropäischen Parteienmodell sind Meinungen von Interessensorganisationen oder pressure groups bei der Kandidatenauswahl einer Partei besonders wichtig. Hinzu tritt die besondere Dynamik, die den US-Kongress von einem Parlament im europäischen Sinne unterscheidet. Im amerikanischen Kongress kommen Repräsentanten der Wahlkreise zusammen, welche im Gesetzgebungsprozess eine aktivere Rolle einnehmen als dies in Deutschland (oder England) üblich ist.<sup>8</sup> Als Resultat fühlen sich die Gewählten weniger der Partei als vielmehr dem Wahlkreis, den sie repräsentieren, verpflichtet. Außerdem haben sie mehr Einfluss als etwa die Parlamentarier im Deutschen Bundestag.<sup>9</sup> Kurz gesagt, in der politischen Praxis wird im Deutschen Bundestag das Volk durch Parteivertreter repräsentiert, die die wichtigen politischen Themen debattieren und die Regierung wählen. In den USA ist der Kongressabgeordnete zuvorderst seinen Wählern verpflichtet.

Aufgrund dieser besonderen Verankerung der Mitglieder des Kongresses im Wahlvolk flackerte in den letzten Monaten auch immer mal wieder der Konflikt zwischen republikanischem Parteiestablishment und den Tea Party Mitgliedern auf. Jeder Präsident und jeder

---

<sup>7</sup> Nach jüngsten Umfragen bekennen sich etwa 10 bis 15 Prozent der Tea Party Aktivisten als Demokraten. Diese Gruppe ist zu klein, als dass sie bei den primaries der Demokraten eine Rolle spielen würden. Vgl. mit Hinweis auf die Umfragen etwa Aaron Blake, Tea Party Democrats do exist, [www.washingtonpost.com/politics/tea-party-democrats-do-exist/2011/07/05/gHQAjeadzH\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/politics/tea-party-democrats-do-exist/2011/07/05/gHQAjeadzH_story.html), 5. Juli 2011 [Zugang am 16. Juli 2011].

<sup>8</sup> Zum Unterschied von Kongress und Parlament siehe etwa James Q. Wilson, American Government. Institutions and Policies, 1986, S. 265-266.

<sup>9</sup> Wilson, a.a.O., S. 266: "Members of Congress can initiate, modify, approve, or reject laws, and they share with the president supervision of the administrative agencies of the government."

Mehrheitsführer im Kongress muss auf die Besonderheiten dieses Prozesses Rücksicht nehmen.

Gleich einem Lackmустest müssen die Kandidaten in der Vorauswahl Farbe bekennen, wofür, oder vielmehr wogegen, sie in der politischen Debatte stehen. Dabei nimmt die Tea Party in innenpolitischen Fragen etwa folgende Positionen ein:

- Die unter Präsident Bush durchgesetzten Bailout-Programme für die Banken wurden mit Argwohn beachtet, weil der Staat seine in der Verfassung vorgesehen Grenzen angeblich überschritt.
- Das Stimulus-Programm unter Präsident Obama wurde ebenfalls kritisiert, weil auch hier der Staat viel Geld in die Hand nahm, was angeblich besser in privaten Händen geblieben wäre.
- In der Gesundheitsreform, die am 21. März 2010 gegen vielerlei Widerstände im Kongress verabschiedet wurde, hatte sich Obamas Regierung nach Meinung der Tea Party endgültig in unlauterer Weise eingemischt, weil staatliche Organisationen damit angeblich die freien Bürger gezwungen hätten, Sachen – in diesem Falle eine Gesundheitsversicherung – zu erwerben, die sie im Zweifelsfall gar nicht haben wollen. Mit diesem Schritt, so der zweite Kritikpunkt, würde der Staat zusätzliche Macht an sich ziehen, die ihm von der Verfassung her nicht zustehe.
- Schwer zu messen, aber immer wieder zu spüren ist die Ablehnung eines Präsidenten, der nicht aus der weißen Mittel- oder Oberschicht stammt. Der berüchtigte Aufschrei "Dies ist unser Land - wir holen es uns zurück" bedient diese rassistischen Ressentiments.<sup>10</sup>

Ein Dreh- und Angelpunkt für solcherart Puristen ist dabei die Steuerpolitik. Dort wird auf eine einfache Art und Weise aufbereitet, was Fiskalkonservative besonders attraktiv finden. Die Forderung, die Steuern für alle Amerikaner zu senken, ohne nach den Aufgaben des Staates, die ja finanziert werden müssen zu fragen,

---

<sup>10</sup> So etwa auf einer Tea Party Demonstration Anfang Februar 2010 in Nashville. Vgl. Tim Reid, Tea Party Turns Nasty, in [www.timesonline.co.uk/tol/news/world/us\\_and\\_americas/article7017218.ece](http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/us_and_americas/article7017218.ece) vom 6. Februar 2010. [Zugang am 20. Juli 2011]

gewinnt hier ihre ganze Kraft. Dieser Politikbereich ist dann auch das Einfallstor anderer konservativer Gruppen, sich mit Tea Party Aktivisten zu verbünden, getreu der alten Grundregel, dass es ja immer leichter ist, etwas zu kritisieren als einen Vorschlag zu unterbreiten, wie denn ein Gemeinwesen gestaltet werden soll.

So kommt es, dass als einer der einflussreichsten Männer in Washington der Lobbyist Grover Norquist gehandelt wird, der sich seit 1985 mit seiner Gruppe "Americans for Tax Reform" für weniger Steuern einsetzt.<sup>11</sup> Charakteristischerweise lässt sich Norquist, der sein Netzwerk bis in die National Rifle Association und zu den evangelikalischen Kirchen spinnt, zitieren mit dem Spruch: "Our job is to make people free."<sup>12</sup> Dabei beruft er sich ausdrücklich auf Ronald Reagan, dabei unterschlagend, dass der Urvater aller modernen Konservativen in den USA ja selber die Steuern nicht gesenkt, sondern sogar erhöht hat - nach Zählung des ehemaligen republikanischen Senators Alan Simpson ganze elfmal!<sup>13</sup>

Von Grover Norquist ist der Weg zu der Strategie einer Obstruktionspolitik nicht mehr weit. Und genau den Weg haben dann auch die Republikaner, ausgelaugt nach den acht Jahren unter Bush und getrieben von der Tea Party, im Kongress nach dem Amtsantritt Präsident Obamas eingeschlagen, unterstützt von Spielregeln, die es der Mehrheit schwer machen, ihre Politik durchzusetzen. Hier sei nur daran erinnert, dass im Senat absolute Mehrheiten kaum noch genügen, sondern nun fast immer die 2/3-Mehrheit eingefordert wird. Damit ist das demokratische Mehrheitsprinzip verletzt.

Damit hat die Grand Old Party ein Zauberlehrlingsproblem. Wie kann der Besen der rechtskonservativen, der so schön die Demokraten aus dem Kongress gefegt hat, wieder in die Ecke gestellt werden? Eine Partei, die zum Kompromiss kaum noch

---

<sup>11</sup> Siehe website der Lobbygruppe [www.atr.org](http://www.atr.org). Vgl. auch, mit Hinweisen auf den Einfluss von Norquist auf die republikanische Partei, Ari Shapiro, [The://www.npr.org/2011/07/14/137800715/the-man-behind-the-gops-tax-pledge](http://www.npr.org/2011/07/14/137800715/the-man-behind-the-gops-tax-pledge). [Zugang am 17. Juli 2011]. In der Steuerpolitik wird sehr deutlich, was westeuropäischen Anspruchsdenken, was der Staat leisten soll, von US-amerikanischen Auswüchsen unterscheidet.

<sup>12</sup> Ebda.

<sup>13</sup> Zitat von Senator Simpson in Scott Horsley, Ronald Reagan's Legacy Clouds Tax Record, in: National Public Radio (NPR) vom 4. Februar 2011, vgl. [www.npr.org/2011/02/04/133489113/Reagan-Legacy-Clouds-Tax-Record](http://www.npr.org/2011/02/04/133489113/Reagan-Legacy-Clouds-Tax-Record) [Zugang 15. Mai 2011]

fähig ist und nur noch Überzeugungstäter begeistert, kann leicht den falschen Ideologien anhängen. Es war Karl Popper, der in seiner Studie über "Wissen und Nichtwissen" auf die Gefahr für das Gemeinwesen hinweist, wenn sich Ideologien ausbilden, die immun gegen Vernunft, intellektuelle Redlichkeit und wissenschaftliche Erkenntnis sind.<sup>14</sup> Popper bedauert dabei ausdrücklich die Anfälligkeiten der Sozialwissenschaften im Gegensatz zu den Naturwissenschaften, die "ein objektives und nicht-ideologisches Kriterium des Fortschritts zur Wahrheit" besäßen – "des Fortschritts zur Wahrheit hin." Nun, man kann der Tea Party vieles vorhalten. Vor allem aber ist ihr vorzuwerfen, dass sie gegen bessere Erkenntnisse, meist von der Wissenschaft breit unterfüttert, an einmal gewählten Slogans – von Ideen mag man kaum sprechen – festhält. Damit begeben sich die Republikaner in die Gefahr, intellektuell auszutrocknen. Wie groß der Einfluss der Tea Party momentan auf die GOP ist, wird vor allem anlässlich der im ersten Halbjahr 2011 geführten Debatte um die Haushaltspolitik und die Anhebung der Schuldengrenze deutlich. Was vordem nie ein Problem war – unter Reagan beispielsweise wurde die Schuldengrenze 17mal angehoben<sup>15</sup>, wird nun zum Lackmustest der Bereitschaft der Republikaner, Kompromisse einzugehen. Es gibt bisher keinerlei Hinweise darauf, dass die von der Tea Party abhängige (weil viele Kandidaten der Republikaner als Quasi-Vertreter der Tea Party gewählt worden sind) republikanische Partei noch zu Kompromissen fähig ist bzw. moderat handeln kann.

Ein Blick in das Abstimmungsverhalten der Republikaner in den letzten zwei Jahren genügt, um zu sehen, dass Konsens und Suche nach Kompromissen nicht en vogue ist. Getreu Bob Dylans Aussage "You don't need a weatherman to know which way the wind blows" braucht man keine weiteren wissenschaftlichen Studien abzuwarten um zu erkennen, dass der Sturm der Tea Party die pragmatisch-moderaten Konservativen erst einmal weggeblasen hat.

So hat der bekennende konservative Journalist David Brooks sich diesbezüglich auch sehr befremdet geäußert. In einem bemerkenswerten Kommentar in der New York Times fragt er, ob die Republikaner noch eine normale,

---

<sup>14</sup> Karl R. Popper, Über Wissen und Nichtwissen, in: ders., Auf der Suche nach einer besseren Welt, 1987, S. 41-54, hier vor allem S. 53f.

<sup>15</sup> Siehe Washington Post, Grafik The national debt and the debt ceiling, vom 15. Juli 2011, S. A6

zu Kompromissen fähige Partei seien, oder ob die GOP zu einer "seltsamen Bewegung" verkommen sei.<sup>16</sup> Auch deutschen Kommentatoren ist die Ideologisierung der Grand Old Party aufgefallen.

Denn als Resultat vom Druck in den Vorwahlkämpfen ist gerade die republikanische Partei, die als konservative Partei in den Sog der Tea Party Aktivisten geraten ist, immer mehr nach rechts gerutscht. Die Demokraten von US-Präsident Obama hatten es seit dem Amtsantritt des 44. Präsidenten der USA ein ums andere Mal hinzunehmen, dass ihre Ideen an der fehlenden Bereitschaft der Republikaner, einem Kompromiss zuzustimmen, im Gesetzgebungsverfahren scheiterten. Die Tea Party ließ ihre Muskeln, die sie vor allem bei der Auswahl der Kandidaten in den Vorwahlkämpfen einsetzen kann, spielen, und fühlte sich ermutigt, in den letzten Monaten die Hürden für notwendige Reformen etwa in der Finanz- oder Steuerpolitik immer höher zu stellen. Wenn Politik aber nicht mehr als die Kunst des Möglichen begriffen wird, drohen Stillstand und Handlungsunfähigkeit, und als Resultat hausgemachte und nicht von außen hervorgerufene Krisen.

Als Ergebnis spricht etwa Uwe Schmitt in der Welt von der "Selbstverstümmelung der Führungsmacht USA", und Christoph v. Marschall im Berliner Tagesspiegel vom Abdanken des Parlaments.<sup>17</sup> Schmitts Kommentar

---

<sup>16</sup> "Odd protest movement", siehe David Brooks, The Mother of All No-brainers, in New York Times, 4. Juli 2011, hier zitiert nach [www.nytimes.com/2011/07/05/opinion/05brooks.html](http://www.nytimes.com/2011/07/05/opinion/05brooks.html) [Zugang 6. Juli 2011]. Das volle Zitat lohnt, eben weil Brooks stellvertretend für die gemischten Gefühle vieler Republikaner steht: "...But we can have no confidence that the Republicans will seize this opportunity. That's because the Republican Party may no longer be a normal party. Over the past few years, it has been infected by a faction that is more of a psychological protest than a practical, governing alternative. The members of this movement do not accept the logic of compromise, no matter how sweet the terms. If you ask them to raise taxes by an inch in order to cut government by a foot, they will say no. If you ask them to raise taxes by an inch to cut government by a yard, they will still say no. The members of this movement do not accept the legitimacy of scholars and intellectual authorities. A thousand impartial experts may tell them that default on the debt would have calamitous effects, far worse than raising tax revenues a bit. But the members of this movement refuse to believe it. The members of this movement have no sense of moral decency. A nation makes a sacred pledge to pay the money back when it borrows money. But the members of this movement talk blandly of default and are willing to stain their nation's honor. The members of this movement have no economic theory worthy of the name. Economists have identified many factors that contribute to economic growth, ranging from the productivity of the work force to the share of private savings that is available for private investment. Tax levels matter, but they are far from the only or even the most important factor...."

<sup>17</sup> Uwe Schmitt, Die Selbstverstümmelung der Führungsmacht USA, in Die Welt, 15.7.2011, [www.welt.de/debatte/kommentare/article13489579/Die-](http://www.welt.de/debatte/kommentare/article13489579/Die-)

liefert den Hinweis, warum es die Welt nicht gleichgültig lassen kann, was in den USA passiert, und umgekehrt dass es eine Auswirkung auf die Welt hat, wie weit der Einfluss der Tea Party auf die Republikaner reicht.

Wegen ihres Einflusses auf die Ansichten und Verlautbarungen der GOP, vor allem der sich warm laufenden Kandidaten für die Wahl des Präsidenten im November 2012, lohnt ein Blick auf die außenpolitischen Vorstellungen der Tea Party. Zum zweiten sollte man bedenken, dass Minderheiten nach der amerikanischen Verfassung durchaus die Fähigkeit haben, die Ernennung bestimmter Personen in wichtige Ämter zu blockieren, oder auch die Ratifizierung für die Außenpolitik entscheidende Verträge zu verhindern. Die Tea Party hat es etwa mit gemischten Gefühlen gesehen, dass der Senat im Winter 2010 dann doch den START-Vertrag mit Russland ratifiziert hat.

Deshalb stellt sich zurecht die Frage, ob dieser antiintellektuelle Rigorismus im Innern nun auch genuin außenpolitische Fragen infizieren kann. Droht der amerikanischen Außenpolitik eine ideologisch von der Tea Party vorangetriebene Debatte? Immerhin sind nach Zählung der New York Times in den Novemberwahlen 2010 neununddreißig Mitglieder ins Repräsentantenhaus gewählt worden, die sich als Tea partier bezeichnen, und fünf in den Senat: Die Senatoren Marco Rubio, Rand Paul, Pat Toomey, Mike Lee und Ron Johnson.<sup>18</sup> Hinzu tritt ein gewisses Vakuum, wenn man sich nach außenpolitisch prägenden Köpfen bei den Republikanern umschaut: Die ehemalige Außenministerin Condoleezza Rice ist zurück in die Wissenschaft gegangen, und Senator John McCain hat seine Prägekraft im Vergleich mit der Zeit, als er Präsidentschaftskandidat seiner Partei war, eingebüßt.

---

[Selbstverstummlung-der-Fuehrungsmacht.html](#) [Zugang am 17. Juli 2011], mit dem wunderschönen Satz "Nur so kann er [Obama] den moderaten Kräften bei den Republikanern, die von der Wutbürgerinitiative der Tea Party in Haft gekidnappt wurden, bei ihrem Entfesselungsakt helfen.", und Christoph v. Marschall, Amerikas Schulden: Ein Parlament dankt ab, in Berliner Tagesspiegel vom 15. Juli 2011, [www.tagesspiegel.de/politik/ein-parlament-dankt-ab/4399772.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/ein-parlament-dankt-ab/4399772.html) [Zugang am 17. Juli 2011], mit Kritik an der Inkaufnahme der Republikaner, das vornehmste Recht des Parlaments – Haushaltskontrolle – zu opfern.

<sup>18</sup> Michael D. Shear, Palin's 2010 Endorsements Add to Her Political Capital for a 2012 Run, in: New York Times vom 4. November 2010, S. P8.

Darüber hinaus ist, wie Walter Russell Mead ausführt, auch darauf hinzuweisen, dass handelnde Politiker die Unterstützung des Volkes benötigen, wenn sie eine außenpolitische Strategie entwerfen und durchhalten wollen.<sup>19</sup>

Als der neu gewählte Senator von Kentucky Rand Paul, der zu den Aktivposten der Tea Party zählt, in einem Vortrag an der Johns Hopkins University in Washington Anfang Mai ausdrücklich zu einer "verfassungsgemäßen Außenpolitik" aufrief, ließ das aufhorchen, lieferte er doch das Beispiel dafür, dass die Tea Party sich für außenpolitische Fragen zu interessieren beginnt.<sup>20</sup> Senator Pauls Rede ist eines der ersten wichtigeren und schlüssigeren Dokumente aus dem Inneren der Tea Party, welches sich etwas tiefer mit außenpolitischen Fragen auseinandersetzt. An ihm dürften sich andere, im aufkommenden Präsidentschaftswahlkampf folgende außenpolitische Äußerungen orientieren. Im Kern verwirft Senator Paul sowohl den Weg der Neo-Konservativen, die die Politik des Gespanns Bush/Cheney prägten – einen Weg der ständigen Interventionsbereitschaft überall da, wo Gefahr durch Terrorismus für die nationale Sicherheit gewittert wurde, als auch den Weg der "Isolationisten", die sich komplett abkapseln würden von im Ausland aufkommenden Gefahren für die nationale Sicherheit.<sup>21</sup> Er tut dies mit zwei Argumenten, ein haushaltspolitisches und ein verfassungspolitisches. Laut Senator Paul wird dies aus der einfachen Tatsache geschehen, dass die US-Regierung mit einem bereits jetzt überstrapazierten Haushalt weitere Interventionen, vor allem kostspielige militärische Kampagnen, nicht mehr leisten können. Ein "war of choice", wie etwa

---

<sup>19</sup> Walter Russell Mead, The Tea Party and American Foreign Policy. What Populism means for Globalism, in: Foreign Affairs March/April 2011, hier zitiert nach [www.foreignaffairs.com/articles/67455/walter-russell-mead/the-tea-party-and-american-foreign-policy](http://www.foreignaffairs.com/articles/67455/walter-russell-mead/the-tea-party-and-american-foreign-policy). Walter Russell Mead ordnet die Tea Party in den gesamthistorischen Kontext amerikanischer Volksbewegungen ein, und stellt etwa Thomas Jeffersons Ideen neben den Nationalismus eines Andrew Jackson. Er identifiziert mehrere Flügel in der Tea Party und spricht von "Palinites", benannt nach Sarah Palin, und von "Paulites", benannt nach dem Kongressabgeordneten Ron Paul, der sich auf den Grundgedanken "no entangling alliances" (Thomas Jefferson) beruft. Meads Studie ist ein Genuss für den, der tiefer in ideengeschichtliche Erörterungen einsteigen will.

<sup>20</sup> Senator Rand Paul, A Conservative Constitutional Foreign Policy. Vortrag an der School of Advanced International Studies (SAIS) am 8. Mai 2011. Manuskript veröffentlicht als Pressemitteilung vom 8. Juni 2011 auf der website des Senators, [paul.senate.gov/?id=178&p=press\\_release](http://paul.senate.gov/?id=178&p=press_release) [Zugang am 15. Juni 2011]. Ich zitiere daraus.

<sup>21</sup> Sen. Paul, a.a.O., "If we imagine a foreign policy that is nowhere any of the time and is completely disengaged from the challenges and dangers to our security that really do exist in the world..."

der Irak-Krieg 2003 von Richard Haass etikettiert wird,<sup>22</sup> sei dann nicht mehr möglich. Sein Vorbild ist – natürlich – die Tea Party Ikone Ronald Reagan, der mit dem Einsatz militärischer Mittel ja viel zurückhaltender gewesen sei als viele seiner Vorgänger oder Nachfolger. Senator Paul belässt es allerdings bei diesem Hinweis und verweist nicht darauf, dass diese Zurückhaltung Reagans alles andere als überraschend ist, drohte doch zu Zeiten des Kalten Krieges in einer bipolaren Welt jedem Konflikt eine besondere Dynamik bis hin zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion.

Das zweite Argument des Senators ist ein verfassungstheoretisches. Er pocht auf die in der Verfassung und von den Verfassungsvätern mehrfach formulierte Zustimmungspflicht des Kongresses. Im Umkehrschluss könne der Kongress dem Präsidenten sein innewohnendes Recht ("inherent powers"), Außenpolitik mit militärischen Mitteln durchzusetzen, verweigern, und zwar bevor Soldaten in Bewegung gesetzt worden seien. Denn, wie der Senator ausführt, "the problem is that there is occasionally a will to avoid war in the beginning but rarely if ever is there the resolve to cut off funds."<sup>23</sup> Die Geschichte gibt ihm recht – noch nicht einmal auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges, als sich die Mehrheit auf den Straßen der USA schon längst gegen den Krieg gewandt hatte und einforderte, die Truppen nach Hause zu holen<sup>24</sup>, hatte es der Kongress gewagt, Haushaltsmittel zu beschneiden.

Nähme man beide Argumente zusammen, so Paul, dann würde man eine ausbalancierte Außenpolitik erzielen mit weniger Soldaten und weniger kostspieliger Militärstützpunkte im Ausland. Strategien zur nation-building erteilt er eine Absage, und Interventionen dürften nur mit Kooperation des "Gastlandes" erfolgen, und auch nur nach vorhergehender Kriegserklärung durch den Kongress. Kurz gesagt, Senator Paul möchte außenpolitische Mittel und Werkzeuge, die sich in den letzten Jahrzehnten im Weißen Haus angesiedelt hätten, wieder ins Kapitol zurück holen, so wie es die Gründungsväter der USA vorgesehen hätten. Er sieht

---

<sup>22</sup> Richard N. Haass, War of Necessity, War of Choice. A Memoir of two Iraq wars, 2009. Haass war leitender Angestellter im US-Außenministerium und ist nun Präsident des Council on Foreign Relations.

<sup>23</sup> Senator Paul, a.a.O.

<sup>24</sup> Zeitikonisch etwa Folksänger Pete Seeger mit seinem Song "If you love your Uncle Sam, Bring them home, bring them home. Support our boys in Vietnam, Bring them home..."

eine günstige Gelegenheit, da die Haushaltskrise der Interventionspolitik eh enge Fesseln anlege.

Insgesamt gesehen legt Senator Paul einige bedenkenswerte Vorschläge vor. Allerdings ist von einer tieferen Durchdringung außenpolitischer Herausforderungen für die USA in einer multipolaren Welt wenig zu spüren – und das macht seine Äußerungen hinwiederum so anfällig für die auf Steuern mit starken allergischen Symptomen reagierenden Tea Party. Nur auf fehlende Haushaltsmittel zu verweisen, ist in der außenpolitischen Debatte zu kurz gegriffen. Darüber hinaus, oder gerade deswegen, fußt der Fokus seiner Weltanschauung sehr eng auf der Definition von nationaler Sicherheit, und weniger auf der Ausfächerung und Benennung, was denn nationale Interessen der USA sind. Als Resultat spricht der Senator eben nicht von anderen Werkzeugen, die in ein außenpolitisches Gesamtkonzept eingebettet sein könnten, also etwa Handelsvereinbarungen, Hilfsabkommen, Bündnisse und völkerrechtliche zwei- oder mehrstaatliche Verträge, das Zusammenspiel in Organisationen wie UN und NATO, usw. Indem er sich bei der Darlegung seiner außenpolitischen Vorstellungen lediglich auf den Konfliktfall, und hier auf den militärischen Einsatz und den Krieg, beschränkt, umgeht er die Herausforderung, mehr als nur außenpolitische Eckpunkte, die für den Kriegsfall eintreten könnten, vorzulegen.

Wie der Bonner Historiker Harald Biermann jüngst darlegte, war die amerikanische Außenpolitik des gesamten letzten Jahrhunderts eine Mischung aus robuster Machtpolitik, isolationistischer Gedanken, Interventionismus und der Verfolgung idealistischer Ziele.<sup>25</sup> Die USA hoffte dabei stets, das internationale System in ihrem Sinne zu beeinflussen. Wie er hervorhebt, lasse sich das daraus resultierende Verhaltensmuster "vielleicht am besten als Oszillieren zwischen Engagement und Rückzug" beschreiben. Schon nach dem ersten Weltkrieg versuchte die USA mit der Völkerbundsidee das Staatensystem grundsätzlich umzugestalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg und den Anfängen des Kalten Krieges war ein Rückzug der USA auf den eigenen Kontinent endgültig undenkbar geworden. Der Hinweis auf die Atlantik-Charta von 1941

---

<sup>25</sup> Harald Biermann, Von Roosevelt zu Obama. Ein Jahrhundert amerikanischer Außenpolitik. Vortrag vor der Stresemann-Gesellschaft e.V., 2009. Manuskript veröffentlicht unter [www.stresemann-gesellschaft.de/index.php?content=stresemannrede](http://www.stresemann-gesellschaft.de/index.php?content=stresemannrede) [Zugang 10. Juli 2011]

mit dem Slogan eines freien Welthandels mag hier genügen.

Die Außenpolitik der USA war mal mehr (Eisenhower, Reagan, Bush der Ältere), mal weniger (Carter, Bush der Jüngere) erfolgreich. Die Epoche von 1945 bis zum Fallen des Eisernen Vorhanges war von einer hohen Kontinuität der Außenpolitik der USA geprägt, unter anderem deswegen, weil die USA fast uneingeschränkt bereit waren, als verlässlicher NATO-Partner innerhalb der Regeln eines Bündnisses souveräner Staaten mit manchmal eigenen Nationalinteressen zu operieren. Seit dem Zusammenbruch des ideologischen Gegners, der Sowjetunion, fehlen diese Selbstbeschränkungen, und damit auch ein klarer Kompass, von dem sich die USA leiten lässt. Mit anderen Worten, die "Containment-Strategie" des Kalten Krieges ist nie wirklich abgelöst worden durch einen ähnlich langfristig angelegten Plan, der alle NATO-Partner auf gemeinsame Ziele einchwört, zumal Krieg nach dem Ende der Nuklearbedrohung auch in Europa wieder führbar war, man erinnere nur an Serbien und Kosovo.<sup>26</sup>

Das amerikanische Jahrhundert scheint vorbei. Entkleidet man die Ziele amerikanischer Außenpolitik von allem Sendungsbewusstsein und dem Missionsauftrag, Demokratie zu verbreiten – etwas, was der Tea Party schwer fallen könnte, zumal wenn die von Senator Paul angesprochenen haushaltswirksamen Hemmnisse und Beschränkungen mittelfristig wieder wegfallen –, so darf man nüchtern konstatieren, dass es im nationalen Interesse der USA liegt, gerade bei Verhandlungen mit anderen konkurrierenden Mächten zu diplomatischen Erfolgen zu kommen. Dies sind vor allen anderen China, Russland und Iran, weil diese drei theoretisch, und in der Praxis, fähig sind, einen größeren militärischen Konflikt zu beginnen, in den dann auch die USA schnell verwickelt werden könnte. Die Rolle der USA im Nahen Osten und im arabischen Raum muss genauso emotionslos betrachtet werden. Wenn sich die USA künftig in dieser Region weniger engagieren möchte, muss sie sich von der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen lösen. Außenpolitische Vordenker fordern deshalb die Einführung eines Instrumentes, was in außenpolitischen Strategien durchaus seine Wirkung entfalten könnte: Eine Steuer auf fossile Brennstoffe. Ähnlich wie die containment strategy aus den Zeiten des

---

<sup>26</sup> Zur Rolle der USA nach 1990, etwa im Verhältnis zu anderen NATO-Partnern, vgl. Timothy Garton Ash, *Free World. America, Europe, and the surprising Future of the West*, 2005, S. 204-213.

Kalten Krieges ist dies langfristig angelegt. Der Gedanke, der in jüngster Zeit unter anderem vom einflussreichen Kolumnisten und Buchautor Thomas Friedman und vom Politologen Michael Mandelbaum vorgebracht und intellektuell unterfüttert wurde, geht davon aus, dass die USA in klammen Zeiten an Steuererhöhungen gar nicht vorbeikommen kann, wenn sie ihre außenpolitischen Ziele verwirklichen, und gleichzeitig globale Führungsmacht bleiben wollen.<sup>27</sup> Zuvorderst müsse hier über eine Steuer auf Benzin ("gas tax") nachgedacht werden, um sich mit einem Schlag aus einer strategischen Krisenlage zu befreien. Denn mit einer solchen Steuer könnten mehrere Themen erfolgreich angegangen werden: Erstens würde die Entwicklung des Elektroautos beschleunigt (ein Feld, auf dem die USA das Potential hat, den Weltmarkt zu beherrschen), zweitens würde die Abhängigkeit von importierter Energie sinken, drittens könnten Klimaschutzziele erreicht, und viertens könnte außenpolitisch das nationale Interesse anders und weniger kostspielig definiert werden – der Weltölpreis würde sinken, damit Konkurrenten wie Russland und Iran schwächen, disengagement wäre möglich, gerade im so krisenanfälligen Nahen Osten – womit sich der Kreis schließen würde, wie man auch in klammen Zeiten erfolgreiche Außenpolitik managen kann .

An diesem Beispiel lässt sich sehr durchschlagend belegen, wo die bisher formulierte Außenpolitik der Tea Party wesentlich zu kurz greift. Denn da die von der Tea Party bedrängten Republikaner gehemmt sind, etwa eine Steuer auf fossile Brennstoffe auch nur als Idee in den Raum zu werfen, geben sie aus ideologischen Gründen ein Mittel aus der Hand, welches sich als unerlässlich für eine Neuorientierung in der Außenpolitik erweisen könnte.

Moderate Steuererhöhungen zu verbinden mit außenpolitischen Zielen ist nicht so neu. Man wird sehen, was von den Ideen der Tea Party übrig bleibt, wenn sie mit der komplexen sehr dynamischen außenpolitischen Welt konfrontiert werden. So stark der Einfluss der Tea Party im Wahlkampf ist, und so sehr

---

<sup>27</sup> Vgl. etwa Thomas L. Friedman, If Not Now, When? In: New York Times vom 22.2.2011, hier zitiert nach [www.nytimes.com/2011/02/23/opinion/23friedman.html](http://www.nytimes.com/2011/02/23/opinion/23friedman.html) [Zugang 19.7.2011], mit Blick auf die US-Außenpolitik im Nahen Osten. Desweiteren grundlegend Michael Mandelbaum, The Frugal Superpower. America's Global Leadership in a Cash-Strapped Era, 2010. Zur Steuer auf fossile Brennstoffe und Auswirkungen auf geostrategische Lage s. vor allem Seiten 176-179. Siehe auch die Diskussion um den Vorschlag einer Energiesteuer des Princeton-Ökonomen Alan Blinder, die sich in Bligs im Internet entfaltet hat.

auch das Klima in Washington momentan belastet ist von den unrealistischen Forderungen der auf dem Tea Party Ticket gewählten Republikaner, so bleibt doch die Hoffnung, dass diese Aktivisten sich ideologisch häuten und lernen, dass in einer Demokratie die Kompromissfähigkeit unerlässlich ist. "Governing is different than campaigning", stellt denn auch der sehr erfahrene republikanische Parteistrategen Ken Feltman fest.<sup>28</sup> Wenn die Tea Party ihren ideologischen Furor ablegen könnte, wäre Raum da für eine realistische Annäherung an die gegenwärtigen außenpolitischen Probleme, bis hin zu dem, was die Welt braucht - eine verlässliche, glaubwürdige USA, die eine berechenbare Außenpolitik umsetzt.

## Zusammenfassung

Es ist noch zu früh, eine Außenpolitik der Tea Party zu skizzieren. Erste Federstriche sind aber möglich. Die nächste Wahl wird aller Voraussicht nach wie fast immer von innenpolitischen Themen bestimmt, vor allem davon, ob die Arbeitslosigkeit spürbar sinkt, was im Moment aber ein eher unwahrscheinliches Szenario darstellt. Trotzdem wird man genauer beobachten müssen, wie sich die einzelnen Kandidaten bei außenpolitischen Fragen positionieren. Was wir bisher wissen, ist folgendes:

- Wie man auf den Gedanken der Tea Party ein Gemeinwesen aufbauen kann, leuchtet nicht ein. Es gibt zu viele Widersprüche und Engführungen. Das gleiche gilt für die Außenpolitik, wie sie etwa Senator Paul vertritt. Da ist vieles (noch?) nicht durchdacht und richtig sortiert. Einspruch kann man bei einigen Gedanken erheben, etwa dass nationale Sicherheit mit nationalem Interesse zunächst gleich gesetzt wird. Beispielsweise fehlt auch die Idee, wie das in der Rhetorik gepriesene starke Amerika, auf das die Bevölkerung stolz sein kann, gleichzeitig außenpolitisch glorreich da steht.
- Interventionen steht die Tea Party skeptisch gegenüber, mit Verweis auf die Kostspieligkeit solcher Aktionen. Der Druck auf einen amerikanischen Präsidenten, keine Interventionspolitik zu betreiben, dürfte in Zeiten klammer Kassen zunehmen.

---

<sup>28</sup> Ken Feltman, Will the Tea Parties grow up, 1. Juni 2011, veröffentlicht als newsletter in [radnorreports.wordpress.com/2011/06/01/will-the-tea-parties-grow-up/](http://radnorreports.wordpress.com/2011/06/01/will-the-tea-parties-grow-up/)

- Der ikonisch erhöhte Präsident Ronald Reagan schaffte die pragmatische Wende, und ging einen deal mit der Sowjetunion ein. Die Tea Party ist (bisher?) jedenfalls nicht elastisch genug, ihrem Vorbild zu folgen. Salopp gesagt, Reagan wäre gar kein Mitglied der Tea Party, da er trotz allen ideologischen Ballasts einen pragmatischen außenpolitischen Kurs eingeschlagen hat.
- Hauptcharakteristikum der Tea Party ist die Ablehnung von Steuern egal welcher Art, und die Kritik an einer angeblich ausufernden Regierung. Mit beidem ist buchstäblich kein Staat zu machen. Steuern zu erheben für außenpolitische Zwecke, etwa Kriegssteuern, ist nicht neu. Mit der Tea Party geht dies nicht. Damit fällt auch die Möglichkeit weg, intelligente Werkzeuge zu nutzen, die eine neue außenpolitische Strategie erst möglich machen - etwa die oben diskutierte gas tax, mit der ja indirekt aufstrebende Konkurrenten im internationalen Staatensystem in Schach gehalten werden könnten.

Die Republikaner haben sich in den Griff der Tea Party begeben. Es ist aber gerade auch um einer verlässlichen Außenpolitik willen nötig, dass sie sich diesem Griff wieder entzieht und Außenpolitik in der Kontinuität von Gerald Ford, Ronald Reagan und George H.W. Bush betreibt.